



Wien, am 21. August 2002

IHS unterbreitet Vorschläge für Wachstumsoffensive und Budgetkonsolidierung

In einer von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Studie haben Experten des Instituts für Höhere Studien (IHS) Überlegungen zu kurzfristig umsetzbaren Maßnahmen angestellt, die zu einer Erhöhung des Wirtschaftswachstums und zu einer Verringerung der Budgetausgaben in den Jahren 2003 und 2004 führen. Das Institut wurde dabei vom Auftraggeber ersucht, sich bei den Ausführungen auf einige wenige Kernbereiche zu beschränken und bei den vorgeschlagenen Maßnahmen insbesondere auf die kurzfristige Umsetzbarkeit Bedacht zu nehmen.

In Hinblick auf die Schaffung von Wachstumsimpulsen plädiert das Institut für Höhere Studien für eine Strategie, die schwerpunktmäßig das mittel- bis langfristige Wachstumspotenzial der österreichischen Wirtschaft stärkt. Kernelemente einer Wachstumsoffensive müssen daher nach Ansicht des IHS eine möglichst rasche Realisierung einer Steuerreform, eine deutliche Ausweitung von Infrastrukturinvestitionen, Strukturreformen wie etwa die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten und die aktive Unterstützung der EU-Beitrittsbemühungen der mittel- und osteuropäischen Staaten sein. Für die Budgets 2003/2004 haben die Experten Einsparungspotenziale in den Bereichen der öffentlichen Verwaltung, der Familienförderung, der Arbeitsmarktverwaltung, der Wohnbauförderung und den Pensionen dargestellt. Kern einer ausgabenseitigen Budgetkonsolidierung stellt nach Ansicht des IHS eine umfassende Organisations- und Finanzierungsreform der öffentlichen Verwaltung dar, die eine effiziente Ressourcenverwendung gewährleistet. Zudem hat das Institut für Höhere Studien in Hinblick auf die nachhaltige Finanzierbarkeit des Pensionssystems einen umfassenden Reformvorschlag vorgelegt, der bereits im Jahr 2004 umgesetzt werden könnte.

Wachstumsoffensive schafft Handlungsspielraum für die öffentliche Hand

Die Konjunkturreinbringung der Jahre 2001/2002 engt den budgetären Handlungsspielraum der öffentlichen Hand ein, weil der Anstieg der Arbeitslosigkeit zu erhöhten Sozialtransfers führt und gleichzeitig die Steuereinnahmen hinter den Planwerten zurückbleiben. Zudem stellt sich für die öffentliche Hand die Aufgabe, die Erholung der österreichischen Wirtschaft durch gezielte Maßnahmen zu unterstützen. Schließlich ergeben sich durch die Unterstützungsleistungen der öffentlichen Hand für die aktuellen Katastrophenschäden erhebliche zusätzliche Belastungen für das Budget. Die Erstellung des Bundeshaushaltes für das Jahr 2003 wird somit einerseits von den Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts und andererseits von der Ausschöpfung des Spielraums zur Stärkung des Wirtschaftsaufschwungs geprägt werden. Das IHS geht in seiner aktuellen Konjunkturprognose davon aus, dass das Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes in den Jahren 2003/2004 knapp über dem langjährigen Trendwachstum zu liegen kommt. Die Inlandsnachfrage wird zur Verbesserung der Konjunktur beitragen. Das Institut sieht daher weniger Veranlassung zu einer rein konjunkturpolitisch motivierten Schaffung zusätzlicher kurzfristiger Nachfrageimpulse, sondern plädiert vielmehr dafür, die Beseitigung der aktuellen Hochwasserschäden zügig in Angriff zu nehmen und darüber hinaus das mittel- bis langfristige Wachstumspotenzial der österreichischen Wirtschaft anzuheben.

Die IHS-Vorschläge könnten das Wachstumspotenzial der österreichischen Wirtschaft nachhaltig um etwa 0,5 Prozentpunkte des Bruttoinlandsprodukts erhöhen. Folgende Vorschläge wurden unterbreitet:

- Die Reduktion der Abgabenlast zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage und Erhöhung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.
- Die Bereitstellung einer leistungsfähigen Infrastruktur durch die Einbeziehung privater Investoren. Moderne Modelle gebührenfinanzierter Bereitstellung öffentlicher Güter liefern einen attraktiven Ansatz, um die Einbeziehung privater Investoren bei der Schaffung von Infrastrukturinvestitionen zu gewährleisten.
- Die entschlossene Fortführung von Strukturreformen wird die Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft stärken. In diesem Zusammenhang hat das IHS die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten exemplarisch angeführt.
- Die aktive Unterstützung der EU-Beitrittsbemühungen der mittel- und osteuropäischen Staaten durch die österreichische Bundesregierung soll sicherstellen, dass die österreichische Wirtschaft möglichst rasch die Vorteile aus der Erweiterung der Europäischen Union lukriert.

Auf der Ausgabenseite sieht das IHS Einsparungspotenzial von 2,2 Mrd. €

Eine nachhaltige Budgetkonsolidierung ist in Österreich aus der Sicht der Experten des IHS nur dann möglich, wenn es gelingt, eine umfassende Reform der öffentlichen Verwaltung nach dem internationalen Vorbild des New Public Management zu implementieren. Die Schaffung umfassender Kosten- und Leistungstransparenz und die Herstellung anreizkompatibler Rahmenbedingungen für die Akteure im öffentlichen Sektor (Politiker und Beamte) werden dabei zu tragenden Säulen der fiskalpolitischen Disziplinierung. Wesentliche Innovationen betreffen das öffentliche Rechnungswesen, das (konsequent auf Ergebnisorientierung umgestellte) Verwaltungsmanagement und das öffentliche Dienstrecht. Eine Verwaltungsreform ist nach Ansicht des IHS auch eng mit einer Bundesstaatsreform verknüpft. Die finanziellen Beziehungen zwischen den Gebietskörperschaften wären so zu reformieren, dass – soweit wie möglich – sichergestellt wäre, dass mit der politischen Verantwortung für Ausgabenentscheidungen auch die Übernahme der entsprechenden Finanzierungs- und Abgabenverantwortung verbunden wäre und damit bei Entscheidungsträgern und Wählern für Kostenbewusstsein und ausreichende Anreize zu einer sparsamen Gebarung gesorgt ist.

In punkto „Treffsicherheit“ hat das Institut Überlegungen zu einzelnen Sozialtransferleistungen angestellt. So empfiehlt das IHS vor dem Hintergrund verteilungspolitischer Überlegungen Familienbeihilfen nur bis zur Volljährigkeit der Kinder zu gewähren. Im Bereich der Arbeitslosenversicherung schlägt das IHS die Einführung eines Experience-Rating zur Verringerung der Saisonarbeitslosigkeit und eine Reform des Altersteilzeitgeldes vor. Die Mittel der Wohnbauförderung könnten nach Ansicht des IHS ohne merkbare Folgen für die Bautätigkeit erheblich reduziert werden

Entscheidend für die weitere Ausgabendynamik der öffentlichen Haushalte ist schließlich, dass das weiterhin ungelöste Finanzierungsproblem im Bereich der Pensionsversicherung rasch und entschlossen gelöst wird. Das IHS hat einen umfassenden Reformvorschlag erarbeitet, der die nachhaltige Finanzierbarkeit des Systems und damit intergenerative Fairness gewährleistet. Eine Pensionsreform könnte nach Ansicht des IHS bereits 2004 in Kraft treten.

Rückfragehinweis:

IHS, Stumpfergasse 56, 1060 Wien, Fax: 01/59991-162, <http://www.ihs.ac.at>

Prof. Dr. Bernhard Felderer, felderer@ihs.ac.at, Tel.: (0)1-59991-125

Dr. Reinhard Koman, koman@ihs.ac.at, Tel.: (0)1-59991-252

Dr. Ulrich Schuh, schuh@ihs.ac.at, Tel.: (0)1-59991-148